

6. PROGRAMMATISCHE POSITIONEN DER PARTEIEN

Von Jochen Dahm

In diesem Kapitel geht es um die Frage, welche Positionen verschiedene Parteien im Politikfeld Friedens- und Sicherheitspolitik einnehmen. Konkret geht es um die Grundsatzprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien.

Im Unterschied zu Wahlprogrammen, Beschlüssen von Parteigremien oder Äußerungen von Einzelpersonen steht das Grundsatzprogramm einer Partei für eine längerfristige Orientierung. In Grundsatzprogrammen erklären Parteien ihr Selbstverständnis, wie sie die Gesellschaft sehen, wie sie Politik verstehen und was sie verändern wollen.

Die Grundsatzprogramme werden zu folgenden Punkten verglichen:

- Welche Ideen prägen das friedens- und sicherheitspolitische Verständnis einer Partei grundsätzlich? Wie lässt es sich den in diesem Buch beschriebenen Theorieansätzen und Leitbildern zuordnen?
- Welcher Friedens- und welcher Sicherheitsbegriff sind für die Partei zentral?
- Wie steht die Partei zu multilateralen Organisationen wie UN, NATO und OSZE?
- Wie steht die Partei zu Einsätzen der Bundeswehr im Ausland und ziviler Friedensförderung?
- Wie positioniert sich die Partei zu Auf- oder Abrüstung?

Beim Vergleich der Programme zeigen sich in vielen Punkten Übereinstimmungen, aber auch klare Unterschiede treten zutage. Es folgt eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Unterschiede.



Ein ausführlicher Programmvergleich findet sich als zusätzliches Material unter:

► www.fes-soziale-demokratie.de/lesebuether/mehrlesen.html

Leitbild und theoretische Einflüsse

So lässt etwa keine Partei das in diesem Buch vorgestellte Leitbild einer Militärmacht¹ erkennen. SPD, CDU, FDP und Grüne lassen sich deutlich als Parteien beschreiben, die sich am Leitbild einer Zivilmacht orientieren. SPD und Grüne thematisieren dabei explizit ihre Nähe zu pazifistischen und gewaltlosen Traditionen. Verbal noch radikaler pazifistisch positioniert sich die Partei „Die Linke“. Die AfD, die zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragen insgesamt nur wenig in ihrem Programm schreibt, ist schwer zu verorten. Tendenziell schlägt sie am ehesten in Richtung Militärmacht aus, da sie u. a. als einzige der hier verglichenen Parteien für Aufrüstung plädiert.

In den Programmen von SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“ dominieren Ideen, die sich auf idealistische Ideen gemäß Kant zurückführen lassen. Bei den anderen Parteien werden stärker auch nationale Interessen, wie etwa Rohstoff-sicherung, thematisiert.

Friedens- und Sicherheitsbegriff

SPD, Grüne und die Partei „Die Linke“ beschreiben einen positiven Friedensbegriff, in diese Richtung tendiert auch das Programm der FDP. Bei CDU und AfD bleibt diese Frage offen.

Eine klare Unterscheidung lässt sich zwischen SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“ auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen Seite beim Sicherheitsbegriff aufmachen. Für Erstere ist „kollektive oder gegenseitige“ Sicherheit, also auch die Sicherheit des Gegenübers, zentral für Frieden. In den Programmen der Letzteren wird von „vernetzter Sicherheit“ gesprochen, einem Begriff, der wie Kapitel 2.3 ausführt, in den letzten Jahren sehr umkämpft wurde. Die FDP bezieht sich allerdings auch positiv auf den Ansatz der OSZE mit ihrem Modell kooperativer Sicherheit, das man als anderen Begriff für kollektive Sicherheit deuten kann. Die AfD benennt keinen Sicherheitsbegriff.

UN, NATO, OSZE

Alle Parteien beziehen sich positiv auf die Vereinten Nationen; die Details hinsichtlich Reformvorschlägen und deren Begründung variieren allerdings. Die OSZE findet im Programm der CDU keine Erwähnung, die anderen Parteien wollen sie jeweils stärken und ausbauen, auch hier unterscheiden sich wiederum der Detailgrad der Einbettung und Reformvorschläge.

1 Siehe Kapitel 2.4 Unterschiedliche Leitbilder: Pazifismus, Zivil- und Militärmacht.

Die NATO wird von den Parteien sehr unterschiedlich bewertet. „Die Linke“ will die NATO abschaffen und durch ein System unter Einbindung Russlands ersetzen. CDU, FDP und AfD räumen der NATO einen sehr hohen Stellenwert ein, auch SPD und Grüne betonen ihre Bedeutung. Bei Letzteren werden aber in besonderem Maße Reformen mit dem Ziel der Stärkung der nicht militärischen Säulen des Bündnisses hervorgehoben.

Bundeswehreinsätze und zivile Friedensförderung

SPD, Grüne, FDP und sprechen sich klar für den Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr aus und sehen außerdem die Notwendigkeit eines UN-Mandates bzw. die FDP spricht von einer klaren völkerrechtlichen Grundlage. Die Partei „Die Linke“ spricht sich grundsätzlich gegen Bundeswehreinsätze aus. Die CDU schweigt sich bei der Frage des Parlamentsvorbehalts und des UN-Mandates aus. Die AfD thematisiert einen Parlamentsvorbehalt ebenfalls nicht. An NATO-Missionen sollen sich entsprechend des Programms der AfD deutsche Streitkräfte nur beteiligen, wenn ein UN-Mandat gegeben ist und wenn nicht näher beschriebene „deutsche Sicherheitsinteressen“ berührt sind.

Im Bereich der zivilen Friedensförderung finden sich vor allem in den Programmen von SPD, Grünen, der Partei „Die Linke“, aber auch der FDP konkrete und ausgearbeitete Vorschläge.

Abrüstung

Vielfältige Vorschläge zum Bereich Abrüstung finden sich vor allem in den Programmen von SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“, aber auch CDU und FDP sprechen sich klar für Abrüstung und Rüstungskontrolle aus. Als einzige Partei plädiert die AfD für eine Aufrüstung der Bundeswehr.

6.1. Grundsatzprogramm der SPD

Die SPD beschreibt in ihrem 2007 beschlossenen „Hamburger Programm“ ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen vor allem in Kapitel 3.1, und zwar unter der Überschrift „Eine friedliche und gerechte Welt“.

Leitbild

Bereits im ersten Absatz benennt die SPD dabei zentrale Positionen: „Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Wir setzen auf die Überzeugung, dass Macht dem Recht untergeordnet werden muss“ (S. 19).

Die Betonung von Verständigung, Kooperation und Recht macht deutlich, dass die Position der SPD vor allem von idealistischen und institutionellen Theorieansätzen geprägt ist. So betont die SPD in ihrem Programm etwa auch die „Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte“ (S. 20).

In Bezug auf ein Leitbild kann man die SPD im Bereich Zivil-/Friedensmacht verorten. Sie spricht im Programm u. a. davon, die EU als „Friedensmacht“ ausbauen zu wollen (S. 26, 29) und beschreibt sich selbst als „Friedenskraft in Deutschland und Europa. Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab“ (S. 20). Die SPD klärt in ihrem Programm auch explizit ihr Verhältnis zu pazifistischen Strömungen: „Obwohl viele entschiedene Pazifisten die Sozialdemokratie als politische Heimat betrachtet haben, war sie nie eine pazifistische Partei. Aber sie war immun gegen Chauvinismus und Militarismus. Wo sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht zu haben“ (S. 12).

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Der Friedensbegriff der SPD ist positiv: „Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist elementare Grundlage für eine zivilisierte Entwicklung unserer globalen Gesellschaft. [...] Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wenn strukturelle Konfliktursachen wie Hunger, Armut und Ressourcenmangel überwunden werden“ (S. 23).

Die SPD benennt ihren Sicherheitsbegriff wie folgt: „Unserer internationalen Politik legen wir einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde: Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus“ (S. 20).

Ihr Sicherheitsbegriff beschreibt also einerseits die Ursachen von Unsicherheit. Andererseits betont „Sicherheit für alle Menschen“ den Umstand, dass wirkliche Sicherheit nur dann erreicht werden kann, wenn die Menschen in allen Ländern sich sicher fühlen können.

„Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen. Dafür gilt es eine Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen auszubilden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu schaffen“ (S. 19).

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Die SPD betont die Bedeutung der Vereinten Nationen an vielen Stellen. Sie hält etwa u. a. fest: „Deshalb treten wir dafür ein, die Vereinten Nationen auszubauen als oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung“ (S. 19). Gleichzeitig spricht sich die SPD dafür aus, die Vereinten Nationen zu reformieren und zu demokratisieren. Vollversammlung und Generalsekretär_in sollen gestärkt werden, der Sicherheitsrat reformiert. Die SPD lehnt u. a. das Vetorecht für einzelne Staaten ab und will bei einer Reform sicherstellen, dass alle Kontinente im Sicherheitsrat angemessen vertreten sind. Die SPD spricht sich in ihrem Grundsatzprogramm für einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat aus und langfristig für einen Sitz der EU.

Eine Reform der Vereinten Nationen sollte aus Sicht der SPD auch ein neues Gremium schaffen: „Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen“ (S. 22).

Die SPD bekennt sich zur NATO auf Grundlage der Werte, die Deutschland, Europa und die Vereinigten Staaten teilen, und strebt gleichzeitig deren Erneuerung an; mit einer neuen „Zielbestimmung, die an den Erfordernissen des globalen Zeitalters ausgerichtet ist“ (S. 21).

Die SPD sieht in der OSZE eine Errungenschaft, die Vorbildcharakter hat, und will den Aufbau entsprechender Organisationen in anderen Teilen der Welt unterstützen (S. 20).

Bundeswehreinsätze und zivile Friedensförderung

Die Sozialdemokrat_innen halten fest, dass militärische Mittel stets nur eine letzte Möglichkeit sein können. Die SPD steht für den Ausbau von Instrumenten und die Aufstockung von Mitteln für zivile Krisenprävention und Krisenreaktion. Für einen Einsatz der Bundeswehr bedarf es für die SPD – neben einem Mandat der Vereinten Nationen – eines begleitenden „Konzepts von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen“ und der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Abrüstung

Die SPD spricht sich in ihrem Programm an verschiedenen Stellen gegen Aufrüstung aus und betont insbesondere die Notwendigkeit atomarer Abrüstung: „Wir treten ein für den Abzug sämtlicher Atomsprengeköpfe, die auf deutschem Boden lagern. Wir bekräftigen unser Ziel einer atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen (S. 24).

6.2 Grundsatzprogramm der CDU

Das Grundsatzprogramm der CDU trägt den Titel „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“. Es wurde ebenfalls 2007 beschlossen. Ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen beschreibt die CDU im Kapitel 8, dem letzten ihres Programms „unter der Überschrift „Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen“ und dann im Unterkapitel „Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt“.

Leitbild

Die CDU beschreibt ihr Selbstverständnis im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik wie folgt: „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Richtschnur für unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dies entspricht unse-

rer Verpflichtung, die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu gewährleisten. Wir wollen Gefahren von unserem Land abwehren und uns zugleich weltweit für die Schaffung von Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte einsetzen“ (S. 106). Auch die CDU betont also die Bedeutung internationalen Rechts, universelle Menschenrechte und spricht sich dafür aus, „die internationalen Beziehungen weiter [zu] intensivieren, damit Interessenkonflikte möglichst kooperativ und gewaltfrei gelöst werden“ (S. 106).

Neben diesen institutionellen und idealistischen Ansätzen finden sich im Programm der CDU aber auch viele Passagen, die eher strategische Interessen betonen. Zwei Beispiele: „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schaffen Stabilität, auf die wir als exportabhängige Volkswirtschaft besonders angewiesen sind“ (S. 106). Oder: „Erfolgreiche Außenpolitik muss den nationalen Interessen unseres Landes folgen“ (S. 106 f.). Sehr deutlich dem Verständnis der realistischen Theorieschule entspricht die Bewertung der NATO als „das primäre Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (S. 107).

In Bezug auf die Leitbilder, die in diesem Lesebuch vorgestellt wurden, kann man die CDU im Bereich einer Friedens- und Zivilmacht verorten; ein expliziter Hinweis auf die Frage, unter welchen Bedingungen militärisches Eingreifen befürwortet wird, fehlt im Programm aber.

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Ein bestimmter Friedensbegriff der CDU lässt sich aus ihrem Grundsatzprogramm nicht ableiten. Ihr Sicherheitsbegriff ist der der „vernetzten Sicherheit“ (S. 110).

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Wie oben ausgeführt sieht die CDU in der NATO „das primäre Instrument“ für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die sie im Programm auch vor den Vereinten Nationen behandelt. Die CDU betont besonders das gemeinsame Wertefundament der NATO; das Gewicht dieser Wertegemeinschaft möchte sie stärken (S. 107).

Die Vereinten Nationen müssen aus Sicht der CDU „handlungsfähiger und durchsetzungstärker“ werden. Die CDU befürwortet bei der Reform des Sicherheitsrates einen ständigen Sitz der EU, übergangsweise einen ständigen deutschen Sitz (S. 111). Die OSZE findet im Grundsatzprogramm der CDU keine Erwähnung.

Bundeswehreinsätze und zivile Friedensförderung

Die CDU führt zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr aus: „Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung unter neuen Vorzeichen als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im gesamten Einsatzspektrum“ (S. 110). Auf die Frage, wann die Bundeswehr eingesetzt werden soll – mit oder auch ohne Mandat der Vereinten Nationen und mit oder auch ohne Beschluss des Bundestages –, gibt das Grundsatzprogramm der CDU keine Antwort. Im Programm findet sich nur der allgemeine Hinweis: „Für uns bleibt die Bundeswehr Instrument einer im Grundgesetz und im Völkerrecht verankerten Politik“ (S. 110).

Sehr deutlich ist allerdings die Festlegung der CDU in Bezug auf die Grundfrage der Schutzverantwortung: „Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben“ (S. 112).

In Bezug auf zivile Friedensförderung stellt die CDU fest: „Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Seuchen, Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall – mitzuwirken“ (S. 111).

Besonders hebt die CDU u. a. die Bedeutung der politischen Stiftungen hervor: „Den politischen Stiftungen kommt eine herausgehobene Rolle bei der Förderung des Staatsaufbaus, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, von Parlaments- und Parteienberatung, demokratischer Grundsätze sowie der Durchsetzung der Menschenrechte in Entwicklungsländern zu“ (S. 112).

Abrüstung

Die CDU befürwortet in ihrem Grundsatzprogramm eine „Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte Handhabung der Rüstungsexporte“ (S. 109).

6.3. Grundsatzprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen

Das Grundsatzprogramm der Grünen „Die Zukunft ist Grün“ stammt aus dem Jahr 2002. Es ist mit einigem Abstand das umfangreichste aller Grundsatzprogramme. Unter der Überschrift „Aufbruch nach Europa und in die Eine Welt“ beschreiben die Grünen sehr detailliert ihre friedens- und sicherheitspolitischen Positionen.

Leitbild

Im Grundsatzprogramm der Grünen finden sich viele Elemente, die sich der idealistischen Theorie zuordnen lassen, u. a. formuliert die Partei: „Das allgemeine Gewaltverbot, das in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben wurde, stellt eine große zivilisatorische Errungenschaft und einen bedeutenden völkerrechtlichen Fortschritt dar“ (S. 15).

In Bezug auf die Leitbilder, die in diesem Buch beschrieben werden, lässt sich das Grundsatzprogramm zwischen Zivilmacht und Pazifismus verorten. Bereits in ihrer Präambel betonen die Grünen das Prinzip der „Gewaltfreiheit“, aber thematisieren auch die Konflikte, zu denen dieses Prinzip führen kann: „Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt. Wir stellen uns diesem Konflikt, in den gewaltfreie Politik gerät, wenn völkermörderische oder terroristische Gewalt Politik verneint“ (S. 15).

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Die Grünen beschreiben Frieden positiv, wie etwa an folgenden Formulierungen deutlich wird: „Um Gewalt präventiv zu verhindern und Frieden auf Dauer fest zu gründen, muss Demokratie weltweit gefördert werden, muss Gerechtigkeit über die Grenzen einzelner Nationen hinaus gelten, müssen ökologische Krisen vermieden werden und die universellen Menschenrechte weltweit Geltung gewinnen“ (S. 15).

In Bezug auf Sicherheit beschreiben die Grünen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union das Ziel einer „ganzheitlichen Vorstellung von Sicherheit [...], die viel mehr als traditionelle Verteidigungspolitik umfasst“ (S. 160), und setzen sich dafür ein, dass Deutschland in verschiedenen Zusammenhängen auf „die Stärkung kollektiver Sicherheit drängt“ (S. 162).

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Bei allen Problemen gilt für die Grünen in Bezug auf die UN: „Sie ist zur Lösung der großen Menschheitsaufgaben, zur Sicherung des Weltfriedens, zur Durchsetzung der Menschenrechte und für eine gerechtere, nachhaltige Entwicklung dringend erforderlich“ (S. 165).

Die Partei setzt sich daher dafür ein, die UN zu stärken und zu reformieren. Unter anderem sollen die Beschlüsse der Generalversammlung aufgewertet werden, im Sicherheitsrat alle Regionen repräsentiert werden und das Vetorecht der ständigen Mitglieder an engere Voraussetzungen gebunden werden.

Die Grünen formulieren in Bezug auf die OSZE: „Wir unterstützen die Entwicklung eines gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa, das die schrittweise Überführung nationalstaatlicher Souveränität in die Verantwortung der internationalen Rechtsgemeinschaft ermöglicht“ (S. 159). Zu diesem Zweck will sie OSZE ausbauen und stärken und dabei verhindern, dass „effektive Einwirkung in aktuellen Krisensituationen nicht von einzelnen Staaten blockiert werden kann“ (S. 159).

Die Grünen bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm ebenfalls zu Integration Deutschlands in die NATO und betonen den positiven Effekt der Einbindung der USA in multilaterale Organisationen (S. 160). Sie mahnen aber auch: „Jedoch darf das transatlantische Verhältnis nicht auf die Zusammenarbeit im militärischen Teil der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) fixiert bleiben.“ (S. 160).

Bundeswehreinätze und zivile Friedensförderung

Aus Sicht der Grünen ist klar: „Die Bundeswehr darf nicht im Kontext klassischer Interventionen eingesetzt werden. Ziel und Grenzen des Einsatzes bedürfen der Zustimmung des Bundestages (S. 161)“. Die Bundeswehr soll grundsätzlich nur bei „Einsätzen zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens“ eingesetzt werden.

Die Grünen fordern in ihrem Grundsatzprogramm von 2002 auch eine Stärkung der zivilen Friedensförderung ein und formulieren u. a.: „Eine Politik der Gewaltprävention muss dem Grundsatz Rechnung tragen, dass eine Vermeidung von militärischen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen nur durch einen frühzeitigen, weitsichtigen und gewaltfreien Umgang mit Konflikten und Initiativen zur Überwindung der Konfliktursachen möglich ist.“ (S. 163).

Abrüstung

Die Grünen halten fest: „Wir wollen eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, denn ihr Einsatz ist durch nichts und in keiner denkbaren Situation ethisch und politisch zu rechtfertigen“ (S.164). Sie setzen sich in Bezug auf Massenvernichtungswaffen sowohl für multilaterale als auch einseitige Abrüstungsschritte ein und ebenfalls für Abrüstung unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen. Gleichzeitig betonen sie: „Nur durch praktische zivile Alternativen wird Entmilitarisierung glaubwürdig. Das setzt voraus, dass das krasse Missverhältnis in den Ausgaben, die für militärische Krisenintervention und für zivile Ansätze bisher getätigt werden, überwunden wird“ (S. 165).

6.4. Programm der Partei „Die Linke“

Die aus der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hervorgegangene Partei „Die Linke“ hat ihr Parteiprogramm am 23. Oktober 2011 in Erfurt beschlossen und anschließend mit einem Mitgliederentscheid bestätigt. Es löst das „programmatische Gründungsdokument“ vom März 2007 ab. Das Programm der Partei „Die Linke“ hat fünf Kapitel. In der Präambel beschäftigt sich die Partei u. a. mit ihrer SED-Vergangenheit. Für friedens- und sicherheitspolitische Fragen ist das Kapitel 4 „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“ relevant und hier Kapitel 4.6 „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“.

Leitbild

Die Linke beschreibt viele Elemente, die sich einer idealistischen Theoriesicht zuordnen lassen. Sie benennt u. a. vier Prinzipien für ihre internationale Politik: „Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union. Reform und Stärkung der UNO“ (S. 71).

In Bezug auf die in diesem Buch formulierten Leitbilder entspricht die „Die Linke“ am ehesten dem Pol eines radikalen Pazifismus. Sie formuliert etwa das Ziel „eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen“ (S. 70).

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Die Partei „Die Linke“ bezieht sich auf einen positiven Friedensbegriff: „ Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit von Gewalt, weil er soziale wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen als Voraussetzung für dauerhafte friedliche Entwicklungen erachtet“ (S. 69). Sie betont in Bezug auf Sicherheitsfragen mehrfach eine „gegenseitige und kollektive“ Sicherheit.

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Die Partei „Die Linke“ drückt ihr Verständnis der UN so aus: „Die zentrale Aufgabe der Vereinten Nationen bleibt die Sicherung des Weltfriedens, das heißt die Prävention, Streitbeilegung und nachhaltige zivile Konfliktlösung auf der Basis des Völkerrechts“ (S. 70). Dazu will sie die UN stärken und ihr u. a. auch ökonomische Rechte einräumen und im Sicherheitsrat afrikanische und lateinamerikanische Staaten stärker repräsentieren (S. 70).

Die NATO soll nach Auffassung der Partei aufgelöst werden. An ihre Stelle soll ein Sicherheitssystem unter Einbindung Russlands treten. Unabhängig davon formuliert das Programm von 2001: „[...] DIE LINKE [wird] in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird“ (S. 69). Die OSZE findet nur kurz Erwähnung: „Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Charta-Ziele leisten“ (S.70).

Bundeswehreinätze und zivile Friedensförderung

„Die Linke“ fordert „das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen“ (S. 69) sowie: „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden“ (S. 70).

Die Partei schlägt u. a. „die Einrichtung eines zivilen Hilfskorps vor – das Willy-Brandt-Korps für internationale Katastrophenhilfe. Es ist die friedliche Alternative zur Armee im Einsatz“ (S. 71).

Abrüstung

Die Bundeswehr selbst soll ebenfalls begleitet von einem Konversionsprogramm für die Beschäftigten abgerüstet werden. Darüber hinaus setzt sich die Partei u. a. für ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein (S. 70).

6.5. „Freiheitsthesen“ der FDP

Die FDP hat ihr Grundsatzprogramm 2012 beschlossen. In 101 „Freiheitsthesen“ beschreiben die Liberalen darin ihr politisches Weltbild. „Freiheitsthesen“ 89 bis 101 widmen sich Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sind unter die Überschrift „Für ein liberales Europa in der Welt“ gefasst.

Leitbild

These 96 trägt die Überschrift „Selbstverständnis liberaler Außen- und Sicherheitspolitik“. Im Selbstverständnis der FDP mischen sich realistische und idealistische Elemente: „Liberaler Außen- und Sicherheitspolitik basiert auf den Werten und Normen des Grundgesetzes und des Völkerrechts. Gleichzeitig ist sie durch die nationalen Interessen unseres Landes geleitet.“ Die FDP betont: „Liberaler Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik“, aber auch „den Schutz des freien Welthandels und [...] die Versorgung mit Rohstoffen“ (S. 97). In Bezug auf die vorgestellten Leitbilder kann man die FDP im Bereich einer Zivilmacht verorten.

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Die FDP benennt keinen Friedensbegriff, aber führt aus: „Der beste Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Eigentum und Soziale Marktwirtschaft“ (S. 101).

Der liberale Sicherheitsbegriff ist der der vernetzten Sicherheit. Die FDP beschreibt entsprechend eine umfassende Liste von Gefährdungen: von globalen Terrornetzwerken über abschmelzende Polkappen und Finanz- und Wirtschaftskrisen bis hin zum Cyberspace. Allerdings bezieht sie sich, wie weiter unten beschrieben wird, auch positiv auf die Arbeit der OSZE und deren kooperativen Sicherheitsansatz.

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Die FDP betont die Einbindung der deutschen Außenpolitik „in die Systeme der Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE und der Europäischen Union“ (S. 91). Sie bezeichnet die Vereinten Nationen als „Fundament einer auf dem Völkerrecht gründenden weltweiten Ordnung“. Die FDP will die UN allgemein weiterentwickeln, dabei sollen die UN „die geopolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts widerspiegeln“ (S. 91).

Die NATO ist aus Sicht der FDP das „erfolgreichste Sicherheitsbündnis in der Geschichte“ (S. 91) und eine „Werte- und Verantwortungsgemeinschaft“ (S. 92). Die NATO soll ausgebaut und das europäische Gewicht in ihr nach Wunsch der Liberalen vergrößert werden (S. 99).

Zur OSZE schreibt die FDP: „Auf dem europäischen Kontinent – und darüber hinaus – unterstützen wir die OSZE in ihrer herausragenden Arbeit für das Modell der kooperativen Sicherheit sowie in ihrer Arbeit für eine demokratische Entwicklung und die Förderung der Menschenrechte durch das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR)“ (S. 92).

Bundeswehreinräte und zivile Friedensförderung

Die FDP bekennt sich uneingeschränkt zum Parlamentsvorbehalt und betont, dass „Deutschland militärisch nur dann handeln sollte, wenn dies gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union und in der NATO auf der Grundlage einer klaren völkerrechtlichen Legitimation geschieht“ (S. 97).

Insgesamt betont die FDP stark eine „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ (S. 97) und dass der Einsatz von Streifkräften nur letztes Mittel sein darf. Die FDP führt aus: „Sicherheitspolitik muss vorrangig eine zivil ausgerichtete Präventionspolitik umfassen.“ Als Instrumente nennt die Partei u. a. Streitschlichtung, Interessenausgleich und Entwicklungszusammenarbeit und Staatsaufbau (S.100–101).

Abrüstung

Die FDP setzt sich für Abrüstung ein und formuliert: „Gerade weil liberale Außen- und Sicherheitspolitik Friedenspolitik ist, setzen wir Liberalen uns für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle ein“ (S. 99).

6.6. Grundsatzprogramm der AfD

„Programm für Deutschland“ – Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat ihr Grundsatzprogramm am 1. Mai 2016 beschlossen. Es lautet „Programm für Deutschland“ und umfasst 14 Kapitel. Im Programm und Selbstverständnis der AfD gibt es zwei Abgrenzungen, die sehr zentral sind.

Zum einen versucht die AfD sich gegenüber den bereits etablierten Parteien abzugrenzen. Sie beschreibt etwa die politische Situation in Deutschland als „ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden“ (S. 8).

Rechtspopulistisch: Was bedeutet das?

Für populistische Parteien ist die Abgrenzung von „oben“ und „unten“ wichtig. Sie benutzen in Äußerungen daher häufig die Gegensatzpaare „Volk“ und „Elite“ bzw. „die da oben“. Populistische Parteien sehen sich meist als einzig wahre Vertreter des Volkes, auch wenn sie nur von einem Bruchteil der Bevölkerung gewählt werden.

Bei rechtspopulistischen Parteien kommt ein weiteres Element hinzu. Sie grenzen nicht nur ein „oben“ von einem „unten“ ab, sondern versuchen auch ein „wir“ gegen „die anderen“ abzugrenzen. Die anderen sind dann je nach Kontext Ausländer_innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit anderem Glauben, aber auch Homosexuelle, Menschen in Patchworkfamilien und Alleinerziehende.

Der Stil rechtspopulistischer Parteien ist meist durch Tabubrüche, das Verbreiten von Verschwörungstheorien und das Schüren von Ängsten geprägt. Sie versuchen, in einer komplizierten gesellschaftlichen Wirklichkeit mit einfachen Antworten zu punkten.

Zum anderen widmet sich die AfD an vielen Stellen im Programm der Abgrenzung zum Islam. Sie formuliert etwa: „In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“ (S. 49).

Die Abgrenzung gegenüber „denen da oben“ und den „anderen“ sind zwei Merkmale, die rechtspopulistische Parteien auszeichnen und der Grund, warum die AfD in der Politikwissenschaft überwiegend als rechtspopulistisch eingeordnet wird.

Leitbild

Die AfD beschreibt ihre Außen- und Sicherheitspolitik im gleichlautenden Kapitel 4 ihres Grundsatzprogramms. Das Kapitel umfasst fünf Seiten. Die AfD beginnt ihre Ausführungen zum Thema mit einem Vorwurf: „Die Bundesrepublik verfolgt eine orientierungslose Anpassungspolitik. Dies führt dazu, dass zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern“ (S. 29).

Als Ziel ihrer Außen- und Sicherheitspolitik formuliert die AfD: „Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.“

Da die AfD weiter keine eigenen Ideen skizziert, fällt eine Einordnung in die benannten Leitbilder schwer.

Friedens- und Sicherheitsbegriff

Das Programm der AfD macht nicht deutlich, für welchen Friedens- oder Sicherheitsbegriff die Partei steht.

Vereinte Nationen, OSZE, NATO

Die AfD betont die Rolle der Vereinten Nationen. Sie sind für die AfD „für Fragen der Sicherheit und des Friedens in der Welt unverzichtbar“ (S. 30). Sie spricht sich allgemein dafür aus, die Vereinten Nationen zu stärken. Konkret „fordert“ die AfD einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat, den sie u. a. mit der Höhe der deutschen Beitragszahlungen begründet (S. 30).

Die AfD befürwortet die Mitgliedschaft Deutschlands in denen NATO „soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt“. In Bezug auf Einsätze der NATO außerhalb des Bündnisgebietes und die Frage, ob diese nur mit UN-Mandat erfolgen sollten, formuliert die AfD dann aber sehr weich mit „sollten grundsätzlich“, nicht etwa mit „müssen“: „Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.“

Die AfD bezeichnet die OSZE als unverzichtbar und will sie stärken und ausbauen (S. 31).

Bundeswehreinätze und zivile Friedensförderung

Die Position der AfD zu Bundeswehreinätzen wurde schon in Zusammenhang mit der NATO thematisiert. Die AfD spricht sich gegen das langfristige Ziel einer Europäischen Armee aus.

In Bezug auf zivile Friedensförderung fällt bei den Positionen der AfD besonders ins Auge, dass die Entwicklungszusammenarbeit – die AfD spricht von „Entwicklungshilfe“ – kein eigenes Ministerium mehr erhalten soll. Sie soll stattdessen vom Auswärtigen Amt übernommen werden (S. 33). Außerdem soll „die Hilfe zur Selbsthilfe die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigen“ (S. 32).

Abrüstung

Die AfD spricht sich für deutsche Aufrüstung aus, sie spricht u. a. davon, „die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen“ (S. 30). Dies sei „die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen“ (S. 33). Das Wort „Abrüstung“, etwa von Atomwaffen, findet sich im Programm der AfD nicht.